

AfD Fraktion Saalekreis

Antrag an den Kreistag

Missbrauch von Sozialleistungen durch Staatsbürger aus der Ukraine aufdecken, verhindern und abstellen!

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag beauftragt den Landrat, eine Überprüfung der Leistungsbezieher aus der Ukraine nach dem Vorbild des Landkreises Nordhausen durchzuführen. Personen, die sich hier nicht entsprechend der Rechtslage aufhalten, sind durch die Ausländerbehörde bei der entsprechenden Meldebehörde abzumelden. Sämtliche Leistungen, die zu Unrecht bezogen wurden und werden (z.B. Miete, Bürgergeld, Nebenkosten, Erstausrüstung, Medizinische Versorgung etc.) sind in der Folge einzustellen und zurückzufordern!

Des Weiteren muss nach dem Vorbild des Ilm-Kreises¹ überprüft werden, ob hier gemeldete Ukrainer zu Unrecht Sozialleistungen empfangen. Dies betrifft insbesondere Personen, die bereits in anderen EU-Ländern registriert sind und dort Leistungen empfangen und Personen mit doppelten Staatsbürgerschaften, die keinen Anspruch haben.

Der Kreistag soll noch vor der Sommerpause über die eingeleiteten Maßnahmen und die Ergebnisse informiert werden.

Begründung

Aus dem Landkreis Nordhausen ist bekannt, dass einige Flüchtlinge aus der Ukraine nach ihrer Ankunft in ihre Heimat zurückkehrten, während hier die Leistungen weiterliefen.

Wie der MDR² berichtete, wurden in Nordhausen allein im Jahr 2022 rund 10 Prozent (180 Personen) der Ukrainer zwangsabgemeldet. Dies muss auch hier erfolgen, um Sozialmissbrauch entgegenzuwirken und Kosten für den Landkreis zu senken.

Jüngst berichtete der Focus³ über eine vierköpfige Familie aus der Westukraine. Die soll ein Jahr lang rund 40.000 Euro Sozialleistungen aus Deutschland bezogen haben, obwohl sie wieder zurück in die Ukraine gekehrt war. „Dass sie nicht mehr da waren, fiel den deutschen Behörden

¹ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/arnstadt-ilmkreis/ukraine-fluechtlinge-sozialleistungen-landratsamt-100.html>

² <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/nordhausen/fluechtlinge-ukraine-jendricke-kreistag-100.html>

³ https://www.focus.de/finanzen/behoerden-wussten-von-nichts-ukrainische-familie-lebte-in-ihrer-heimat-und-kassierte-40-000-euro-buergergeld_id_259650554.html

monatelang nicht auf.“ - so heißt es im Artikel des Focus. Es ist daher dringend erforderlich, dass die Behörden tätig werden.



Dr. Hans-Thomas Tillschneider, Merseburg, der 12.3.2024

Vorsitzender AfD-Fraktion Saalekreis